

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 3.

Leipzig, den 16. Januar.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12½ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren G. Hofmann, Brühl 40, G. Richter, Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein, Universitätsstraße, und die Expedition d. Blattes in der Wohnung des Herrn A. Bebel, Petersstraße 18. Für Dresden Filialexpedition F. W. Grellmann, Ballstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: A. Duenfing, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Föderalismus und Centralisation. — Der Baseler Strike. — Die Arbeiterversammlung in Dresden am 9. Januar in der Centralhalle. — Die Arbeiterbewegung in Wien. — Aus England. — Vorwärts und Arbeiter-Angelegenheiten. — Anzeige. — Beilage: Die Schneiderei in London oder der Kampf des großen und des kleinen Kapitals. — Das „Felleisen“. — Ekelmuth.

Politische Uebersicht.

„Oesterreich ist mit einem Feuerkreis umgeben“, soll Graf Bismarck bei seinem Besuch in Dresden dem König von Sachsen gesagt haben, als er ihn dazu bewegen wollte, sich Preußen mit gebundenen Händen und Füßen zu überliefern. Graf Bismarck hat bekanntlich eine gewisse Scheu vor dem Wort „Preußen“ und sagt statt dessen in der Regel „Deutschland“; diesmal scheint er in leicht erklärlicher Geistesabwesenheit statt Preußen „Oesterreich“ gesagt zu haben. Oesterreich kann unmöglich gemeint sein. Niemand weiß ja besser, als der Herr Graf, daß die Brandstifter, welche den „Feuerkreis“ um Oesterreich ziehen sollten, bis auf sehr wenige aufgegriffen, und die übrigen durch gute Vorsichtsmaßregeln unschädlich gemacht worden sind. Niemand weiß ja besser, als der Herr Graf, daß Oesterreich vollständig Herr seiner Bewegungen ist nach allen Richtungen hin, daß es mit Italien auf dem besten Fuß steht, in Frankreich und der Türkei einen mächtigen Rückhalt besitzt, der Sympathien des süddeutschen Volks sicher ist, und das Aukuskei, welches der preussische — Alder in's rumänische Nest gelegt hat, spielend zerdrücken, und jeden Moment die Fackel des Aufstandes in das Czarenreich und dessen preussisches Anhängsel schleudern kann. Also Oesterreich kann nicht gemeint sein. Aber Preußen: Frankreich im Westen; Polen, das gemeuchelte, bluttriefende, tausendmal todt gesagte, aber durch den Heldenthum seiner Söhne zu ewigem Leben berufene Polen im Osten; Deutsche, das heißt Feinde, im Süden; die Bundesgenossen unzuverlässig, — erzwungene Eide die einzige Bürgschaft der Treue, — die Annekstirten zuverläßig — für die Gegner; nirgends ein Freund, nirgends ein Bundesgenosse mit Ausnahme des russischen Czaren, der, während er mit der Rechten die Hand des „Deutschen“ Königs Wilhelm und seines „Deutschen“ Ministers Bismarck schüttelt, mit der Linken die deutsche Nationalität in den Ostseeprovinzen erdroffelt. Und diese Bundesgenossenschaft, die blutigste Satyre auf die „deutsche Mission“ Preußens und seine intelligenzstaatlichen Ansprüche, stellt es in feindlichen Gegensatz zu der europäischen Kultur und vollendet nur den „Feuerkreis“, der sich um Preußen herumzieht. Und wer soll diesen „Feuerkreis“ durchbrechen? Die preussische Armee? Es werden ihr

stärkere Armeen gegenüberstehen. Das preussische Volk? Es wird nicht vergessen, was ihm das Jahr 1866 eingebracht hat. Oder? — — —

Kein Wunder, daß die Bismarck'sche Goldpresse durch immer lauterer und pöbelhafterer Geschimpfe auf Oesterreich sich und das Publikum über die verzweifelte Lage Preußens zu täuschen sucht. Der Starke schimpft nicht.

Es wird versichert, in seiner Bedrängniß habe Graf Bismarck sich an den französischen Kaiser gewandt, und ihm ähnliche Anerbietungen gemacht, wie weiland in Biarritz. Das Preßgesetz erlaubt uns nicht, mehr zu sagen. Wer sich erinnert, was der edle Graf im Juni 1866 gegen den Gesandten des Kurfürsten von Hessen äußerte, weiß, was wir meinen. Es wird weiter versichert, der französische Kaiser habe eine sehr kühle Antwort ertheilt und davon gemunkelt, daß die Zeit nicht mehr ferne sei, wo Europa und insbesondere Deutschland die ganze Wahrheit über Biarritz erfahren müsse.

Auch im Kleinen hat Graf Bismarck fortgesetztes Unglück. Neulich blieb er im Abgeordnetenhause in einer Rede stecken — offenbar hat sein Gedächtniß stark gelitten (die Aerzte wissen, was das zu bedeuten hat). Ferner sind zwei Schiffe, die nach ihm getauft waren, das eine gescheitert, das andere auf den Sand gefahren. Schlimme Vorzeichen das. Unglück ist eine Eigenschaft, pflegte Napoleon zu sagen, der Napoleon — das Original, nicht die Copie.

Da es mit der Heldenrolle vorläufig aus ist, wird Graf Bismarck jetzt von seinen bezahlten Verberrlichern mit Vorliebe in der Rolle des Gemüthlichen vorgeführt. Das neueste Stückchen, das sie von ihm erzählen, ist: er habe jüngst bei einem Jagdausflug nach Holstein mit einigen Eingebornen (was für Leute das gewesen sein mögen?) eine kleine Nährscene abge spielt und sein „Deutsches Herz“ auf dem Präseinteller herum gezeigt. Es wurde aber schließlich zu einem „Plattdeutschen“. — Zusammengehört als Deutsche haben wir ja immer. Wir waren ja immer Brüder (bei Gitschin und Königsgrätz), haben's nur nicht gewußt. Auch in diesem Lande giebt es verschiedene Stämme. — Schleswiger, Holsteiner, Lauenburger, sowie es auch Mecklenburger, Hannoveraner, Lübecker, Hamburger giebt, und sie können alle gern bleiben, was sie sind (leider nicht, was sie waren), in dem Bewußtsein, daß sie Brüder sind. Und wir hier im Norden sollen es uns doppelt bewußt sein mit unserer plattdeutschen Sprache, die sich hinzieht von Holland bis zur russischen Grenze.

Also redete der Heilige von Barzin. Was die Angeredeten dachten, davon schweigt die Geschichte. Wir erlauben uns unterthänigst zu bemerken: da nun einmal das Gefühl der Bismarck'schen Deutschtum durch die preussischen Bündnadelge-

wehre zum „Bewußtsein“ gekommen ist, und diese Deutschtum sich als Plattdeutschtum entpuppt hat, so möge man den Norddeutschen Bund, der sich unter dem alten Namen nicht sonderlich wohl befunden hat, bis auf Weiteres in einen Plattdeutschen Bund umtaufen, und alle diejenigen, welche das gemeine Hochdeutsch sprechen, als Unwürdige austossen und in das „unliberale“ süddeutsche Sibirien verbannen. Der Rathschlag ist gewiß uneigennützig, sintonalen auch wir Sachsen in das Exil zu wandern hätten.

Einer der verworfensten Agenten des preussischen Pressbüreau's, Dr. Thaddäus Pau, der wegen Verläumdung der „Neuen Frankfurter Zeitung“ (die 1866 während des Krieges unterdrückt ward, und seitdem als „Frankfurter Zeitung“ wieder aufgelebt ist), zu 14 tägigem Gefängniß verurtheilt war, ist vom König begnadigt worden. Dem Verdienst seine Krone. Der Krone ihr Verdienst.

In Ostpreußen Hungertyphus.

Es giebt doch sonderbare Rauhe auf Erden. Die wunderlichen Ostpreußen z. B. können es nicht begreifen, welche hohe Ehre es ist, in einem Militärstaat zu Ruß und Frommen dieses Militärstaats zu verhungern. Sie können es so wenig begreifen, daß die Stadtverordneten in Elbing neulich den Beschluß fassen mußten, „zur Verhütung von Erzeffen, künftigt am Geburtstag des Königs die städtischen Gebäude nicht mehr zu illuminiren.“ Oder haben die Elbinger am letzten königlichen Geburtstag nur deshalb die illuminirten Fenster eingeworfen, um den Glasern Beschäftigung zu verschaffen?

Die Zeit der Wunder ist noch nicht vorüber. Professor Ewald, einer der Göttinger Sieben, der sich vor Kurzem in einer Broschüre mit „veralteter“ Entrüstung gegen die Gewaltpolitik und Säbelherrschaft erklärt hatte, ist von preussischen Richtern freigesprochen worden! Wenn Zeichen und Wunder geschehen, ist das Weltgericht nahe.

Man schreibt aus München: „Die süddeutschen Minister und deren Anhänger hören nicht auf, ihr „Festhalten an der nationalen Sache“ zu betheuern. Das heißt aber zunächst Nichts anderes, als daß sie unbedingt mit und für Preußen zu marschiren gedenken, wenn diese Macht in Krieg gerathen sollte. Die süddeutschen Minister haben also gegenwärtig die Ansicht, daß Preußen unter allen Umständen nur deutsche nationale Zwecke verfolge. Eine solche Ansicht ist mindestens sehr inconsequent (nicht folgerichtig). Denn vor einigen Jahren war hier Jedermann mit sich im Reinen, daß Preußens Politik eine antinationale (der Nation feindliche) sei, und daß es Deutschlands Interessen widerspreche, Oesterreich aus dem politischen Verbande mit demselben zu reißen. Wenn aber die ersten Schritte Preußens antinational waren, so müssen es auch alle nachfolgenden sein, welche dieser Staat im Verfolg seines unveränderten Zieles und zur Vollendung seines nur halb gelungenen antinationalen Werkes macht. Es ist daher Lüge oder Selbsttäuschung, wenn man behauptet, die „nationale Sache“ zu fördern, indem man sich unbedingt Preußen anschließt. Helfen wir Preußen siegen, welcher nationaler Gewinn wird daraus entstehen? Daß in Preußen der Cäsarismus sich noch mehr ausbläht und auch uns wohl oder übel unter sein Joch bringt. Dieß mag den Herren Ministern gleichgültig sein, nicht aber dem Volke, das einen rationalen Gewinn nur in der freien Vereinigung und Gleichberechtigung aller deutschen Stämme erblickt. Ein besiegtes Preußen aber stellt uns den Verlust deutschen Gebietes in Aussicht. Siegend oder besiegt fördert Preußen nie die nationale Sache und es bewahrheitet sich hier schlagend das Wort des Dichters:

„Das eben ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“

Herr von Hohenlohe, der bayerische Minister, hat übrigens soeben für seine unddeutsche Politik ein empfindliches Mißtrauensvotum erhalten. Einer seiner Anhänger, der ein Staatsamt angenommen hatte, mußte sich einer Neuwahl für das Zollparlament unterziehen und wurde in seinem eigenen (dem unterfränkischen) Wahlkreis, trotz aller Anstrengungen der Beamten von einem großdeutschen und folglich „preußenfeindlichen“ Candidaten geschlagen.

Die württembergische Landesversammlung hat einen durchaus befriedigenden Verlauf gehabt und zur Reinigung der Volkspartei geführt.

Auf der Prager Universität hält sich „Studirens halber“ ein russischer Prinz auf und verkehrt viel mit tschechischen Nationalitätschreibern.

Aus Ungarn, wo nächsten Neuwahlen für den Landtag stattfinden, schreibt man, daß russische Rubel und preussische Thaler plötzlich in Menge cursiren. „Purer Zufall.“ Und die dummen Magyaren, die der russischen Knute und den preussischen Landrathen keinen Geschmach abgewinnen können!

In Frankreich verlassen die Ratten das sinkende Schiff. Der Staatsprokurator von Toulouse, Segurier, hat seine Stelle niedergelegt, weil er nicht eine Puppe der Regierung, und nicht ein Gegenstand der zarten Aufmerksamkeit ihrer Spione sein mochte.

Die Conferenz hat wirklich am 9. begonnen; da aber die türkische sowohl wie die griechische Regierung erklärt haben, auf ihren Forderungen zu bestehen, kann die Conferenz keinen andern Zweck haben, als die Tinten- und Papierfabrikanten in Nahrung zu setzen. Mittlerweile hält der „Armeemonteur“ es für passend zu verkündigen, daß Frankreich zum Kriege bereit sei. Ein Wink mit dem Zaunpfahl nach Berlin hin.

Spanien eilt neuen Kämpfen entgegen; die Regierung hat wieder ein Wahlrundsreiben erlassen, in dem sie die monarchische Staatsform empfiehlt. Prim scheint entschlossen, wenn alle Stricke reißen, die Republik zu proklamiren mit — Prim als Diktator.

In Italien Bürgerkrieg, veranlaßt durch die Wahlsteuer. Garibaldi hat dem König Viedermann einen förmlichen Absagebrief geschrieben, und die Republikaner hoffen auf — bessere Zeiten.

Aus Irland wird wieder ein „agrarischer Nord“ gemeldet, das heißt die Erschießung eines Grundeigentümers, der seine Bauern von Haus und Hof jagen wollte. Daß diese Menschenkanaille nirgends das gesellschaftliche Verhungern erlernen kann!

In neuerer Zeit wird vielfach die Vermuthung ausgesprochen, bei dem bevorstehenden europäischen Krieg würden die Vereinigten Staaten von Amerika nicht neutral bleiben und sich auf Seiten Rußlands und Preußens schlagen. Es stützt sich diese Vermuthung auf gewisse halboffizielle Kundgebungen zu Gunsten der Kandidaten, auf die Sympathien des amerikanischen Gesandten in Berlin für den Nordbund und endlich auf die Annahme, daß die Vereinigten Staaten, um England zu demüthigen, eine Art von Allianz mit Rußland eingegangen seien. Letztere Annahme ist eine irrige, und die beiden angeführten Thatfachen haben nicht die ihnen beigemessene Tragweite. Der Vorschub, welcher den kandidatischen Insurgenten in Amerika geleistet wurde, war persönliche Angelegenheit des Präsidenten, und die Lobrede auf den Nordbund war persönliche Angelegenheit des amerikanischen Gesandten, der, früher ein verdienstvoller Geschichtschreiber,

ist ein altersschwacher Greis ist. Was ferner die Beziehungen der transatlantischen Republik zu dem russischen Reich betrifft, so ist allerdings richtig, daß die Amerikaner lange Zeit in Rußland ein Gegengewicht gegen England sahen und namentlich während der jüngsten Rebellion, als der englische Adel so schamlos Partei für die süßstaatlischen Sklavenhalter ergriff, die Möglichkeit eines Bündnisses mit Rußland ins Auge faßten, — aber das ist auch Alles. Durch die bewundernswürdige Prinzipientreue der englischen Arbeiter, die dem Kampf des Nordens gegen die südliche Aristokratie zuhauften, obgleich er sie auf Jahre des Brods beraubte, wurde der Krieg zwischen England und Amerika verhindert, und in diesem Moment ist kein ernsthafter Streitpunkt zwischen den beiden Staaten vorhanden. Wahr ist, in Amerika giebt es eine Partei, welche die Macht der Sklavenbarone wieder herstellen möchte, und diese Partei suchte Reis aus eigennützigen, freiheitsfeindlichen Beweggründen das Volk in auswärtige Kriege zu verwickeln; allein sie ist nun für immer gestürzt, und Johnson, der sich ihr in die Arme geworfen hatte, muß in wenig Wochen den Präsidentenstuhl räumen. Die Republikaner, welche Grant's Wahl durchgesetzt haben, sind entschieden gegen jede Einmischung in die europäische Politik. Sie haben ihre ganze Kraft auf den Ausbau freiheitlicher Zustände in den ehemaligen Sklavenstaaten zu richten; ihre Interessen sind bei dem heranziehenden Krieg in keiner Weise berührt, und ihre Reigungen sind sicherlich nicht auf Seiten der nordischen Säbelmonarchien. Sollte das Sternenbanner je auf europäischen Schlachtfeldern wehen, dann wird es gewiß neben den Fahnen Polen's und des freien Deutschland im Pulverdampf flattern, nicht neben den Fahnen der blutbefleckten Urheber des polnischen Volksmords und des deutschen Bruderkriegs.

Föderalismus und Centralisation.

In einer, vorige Woche vom Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein in Berlin berufenen (beiläufig nur von 250 Personen besuchten) Arbeiterversammlung bezeichnete Herr Tölke, provisorischer Präsident des Allgem. D. Arbeitervereins es als „Kriterium“ (wesentliches Unterscheidungszeichen) zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Volkspartei, daß jene den centralistischen, diese den föderalistisch organisierten freien Volksstaat anstrebe.

Herr Tölke geht von einer falschen Voraussetzung aus und kommt natürlich zu einer falschen Schlussfolgerung.

Es ist irrig, einen Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Volkspartei anzunehmen. Ein großer Theil der Volkspartei — in Sachsen fast sämtliche Mitglieder — gehört der Sozialdemokratie an, deren Prinzipien im Stuttgarter Programm von der Gesamt-Partei als berechtigt anerkannt worden sind. Die Volkspartei ist eine gemeinsame Organisation aller Fraktionen der deutschen Demokratie zur Erreichung bestimmter nationaler Ziele, und es befinden sich mindestens eben so viel Sozialdemokraten innerhalb der Volkspartei als außerhalb derselben.

Aus Obigem erhellt, daß das „Kriterium“ des Hrn. Tölke nur ein eingebildetes ist. Die Frage: Föderalismus oder Centralisation? gilt in der Volkspartei für eine offene Frage.

Die sächsischen Mitglieder sind wohl der Mehrzahl nach gegen den Föderalismus. — Was uns anbelangt, so halten wir die ganze Frage für eine müßige, ja für eine thörichte. Ob Deutschland in nächster Zukunft föderalistisch gestaltet wird oder nicht, hängt von dem mehr oder weniger revolutionären

Charakter der nahenden Krise ab. „Centralisation“ will je der Demokrat. Bloß über den größeren oder geringeren Grad weichen die Ansichten von einander ab.

Wir Alle wollen den „freien Volksstaat.“ Wohl an, werfen wir geeinigt dessen Feinde nieder und verständigen wir uns dann über das Maas von Centralisation, welches für das Wohl des Ganzen nöthig ist und sich mit der individuellen Freiheit verträgt. Sich vorher darüber streiten, heißt das Ehrenbürgerrecht in Schilda verdienen.

Der Baseler Strife.

Joh. Ph. Becker schreibt uns: „Genf, den 5. Januar. Leider läßt sich in Deutschland die uns befreundete Presse stets durch die Bourgeoispreffe der Schweiz über die hiesländischen Konflikte zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bethören.“ Eher der Strife in Basel einen ernsten und entscheidenden Charakter annahm, haben die Herrenblätter schon die Beendigung desselben angekündigt, um damit jeden inzwischen ergangenen Ruf nach der eben erst recht nothwendig gewordenen Hülfe wirkungslos verhallen zu machen.

Am 28. Dezember hat die Arbeitseinstellung in Basel erst ernstlich begonnen, indem man 500—600 Färbern die Werkstellen verschloß, weil dieselben nicht ihren Austritt aus der „Internationalen“ erklären wollten. Auch die Angelegenheit der Wandwirker ist noch keineswegs bereinigt, sondern sind erst gestern wieder, aus den gleichen Gründen wie die Färber, 100 derselben, lauter Familienväter, außer Arbeit gesetzt worden. In Basel find es die Arbeitgeber, die Strife machen, weil sich ihnen die Arbeiter nicht auf Gnade oder Ungnade unterwerfen wollen. Man steht dort in zwei Lagern, will von dem einen aus die „Internationale“ um jeden Preis sprengen und in dem andern dieselbe um jeden Preis aufrecht erhalten und zum Siege führen. Letzteres kann aber nur durch einen allseitigen und raschen Beistand der Arbeiter gelingen, wodurch die gefühllose Herrschucht der Bourgeoisie allein zu brechen ist.

Namentlich will man uns auch unsern Kongreß im September in Basel unmöglich machen und haben wir einen Grund mehr unsere Genossen dort nicht fallen zu lassen.

Ich lege einen Probeabdruck eines Aufrufs des eben hier beendigten Congresses der Romanischen Sektion bei**).

Wirkt im Geiste desselben, so weit Euer Einfluß reicht! Die Lage in Basel ist derart, daß keine Gabe zu früh, aber auch keine zu spät kommt.

Ich schreibe im Tumult des Abschieds der Congressdelegierten und muß schließen.

Dein

Joh. Philipp Becker.

Wir haben diesem Brief des Veteranen der Arbeitersache nur 5 Worte beizufügen:

Deutsche Arbeiter thut Eure Pflicht!

*) Warum sind die Freunde in der Schweiz nicht rascher mit ihren Berichten bei der Hand?

**) Nur Mangel an Raum hindert uns am Abdruck des sehr beherzten, schwung- und begeisterungsvollen Aufrufs. Die darin mitgetheilten Thatfachen sind unsern Lesern bekannt.

Die Arbeiterversammlung in Dresden am 9. Januar in der Centralhalle.

Dresden, den 17. Januar.

Lebhafte, sagte ich in meinem letzten Bericht, würde die Arbeiterversammlung werden. Ich habe mich nicht getäuscht, sie war mehr denn lebhaft, sie war stürmisch. Saal und Gallerien waren bis auf den letzten Platz gefüllt; es mochten an 2000 Menschen zugegen sein. Herr Gleditsch, Vorsitzender des Arbeiter-Bildungs-Vereins, eröffnete die Versammlung und forderte zur Wahl eines Vorsitzenden auf. Das war das Signal zum Sturm. Bahlteich, Försterling, Knöfel, Auerswald! rief es wir durcheinander. Herr Gleditsch ließ abstimmen, aber der Lärm ließ die Namen nicht zu Gehör kommen; circa 300 Mann theiligten sich bei der Abstimmung und von diesen erhielt Herr Försterling, dessen Anhänger ein betäubendes Geschrei vollführten und sich dicht um die Tribüne geschaart hatten, die Majorität. Herr Knöfel wurde zum zweiten Vorsitzenden, erwählt, lehnte jedoch ab und so wurde Herr Betermann, ebenfalls Hagsfeldtianer, gewählt. Man stellte fest, daß die Referenten 1 Stunde, alle andere Redner je 1/2 Stunde sprechen dürften. Herr Bebel erhielt hierauf das Wort und begründete in längerem Vortrag folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Organisation der Arbeiterklassen zum Schutze gegen die Ausbeutung der Bourgeoisie dringend notwendig ist; in Erwägung ferner, daß eine Organisation der gesamten Arbeiterklasse nach dem Beispiel und nach den Erfahrungen der industriell am weitest vorgeschrittenen Länder durch die Gewerkschaften am besten erreicht werden kann, erklärt sich die Versammlung mit der Gründung von Gewerkschaften einverstanden und beauftragt das einberufende Comité, die nöthigen Schritte zu deren Bildung zu thun.“

Nach Herrn Bebel sprach Herr Schuchmann aus Berlin, von der Schweizerischen Partei als Opponent abgesandt; er erklärte sich sachlich mit Herrn Bebel vollkommen einverstanden und suchte die vom Berliner Arbeiterkongreß gegründeten Arbeiterschaften als großartig hinzustellen. Der dritte Redner war Herr Försterling. Er fing bei dem Mittelalter an und erzählte in seiner konfusen und langweiligen Art, die uns schon Duzendmale zur Verzweiflung gebracht, was „Lassalle sagte“, holte dann einige Lassalle'sche Broschüren aus der Tasche und fing an, lange Citate daraus vorzulesen; zum Schluß seines Sermons wandte er sich gegen die Gewerkschaften und erklärte sie für „reaktionäre Organisationen.“ Bis hierher war alles leidlich ruhig abgegangen. Herr Bahlteich kam zum Wort. Dieser meinte, was Försterling gesagt, das rathe er der Versammlung in Lassalle's Schriften selbst zu lesen, dort fänden sie alles wieder, nur in unendlich schönerer Form und klarer und verständlicher, als Försterling es vorgebracht. Bahlteich ging dann der Hagsfeldt'schen Clique scharf zu Leibe und rief dadurch einen großen Tumult hervor, der erst nach geraumer Zeit sich wieder legte. Mittlerweile hatte sich Herr Bebel wieder zum Wort gemeldet und dieser entdeckte bei einem Blick auf die Rednerliste, wie diese von dem zweiten Vorsitzenden fabrikmäßig angefertigt wurde, indem er unter andern Försterling bereits zum dritten Male in die Rednerliste eingeschrieben, ehe dieser noch das zweite Mal gesprochen hatte. Auch schrieb der zweite Vorsitzende, wenn ein Redner von uns sich zum Wort gemeldet, sofort einige von seiner Partei darunter. Bebel bat zur Geschäftsordnung ums Wort und brachte diese Art der Führung der Rednerliste zur Sprache. Ein ge-

waltiger Sturm der Entrüstung erhob sich. Försterling bestritt die Thatsache. Bebel verlangte aufs Neue zur Geschäftsordnung das Wort, Försterling verweigerte ihm dieses. Abermals entstand ein gewaltiger Lärm, die übergroße Mehrheit der Versammlung verlangte, daß Bebel sprechen solle, die Anhänger Försterlings brüllten dagegen, drohten Bebel mit den Fäusten und überhäuften ihn mit Schimpfwörtern. Länger als eine Viertelstunde dauerte der Lärm, endlich kam Bebel wieder zum Wort. Er stellte auf Grund der Rednerliste die Richtigkeit seiner Behauptung fest und nunmehr fand es Herr Försterling für gut, die doppelte Einzeichnung seines Namens für einen „Irrthum“ zu erklären. Nach diesem Zwischenfall erhielt Dr. Walster das Wort. Dieser geißelte recht ergötzlich den Personenkultus und verglich den Unfug der von gewisser Seite mit Lassalle's Namen getrieben werde, mit dem Treiben jener Prediger des Christenthums, die im Namen Christi Haß und Zwietracht gesät, die größten Greuelthaten verübt und dabei ihre eigenen egoistischen Zwecke verfolgt hätten.

Herr Försterling hielt es jetzt für gerathen, wieder das Wort zu ergreifen, denn Viele, die früher für ihn stimmten, neigten sich immer bemerkbarer auf die andere Seite; aber es war um seine Autorität geschehen. Seine Worte fanden keinen Beifall, nicht einmal mehr ruhige Zuhörer. Mitten in der Rede brach er ab, übernahm wieder den Vorsitz, klingelte einigemal und schloß dann, ohne Jemand zu fragen, die Versammlung. Große Aufregung. Bahlteich, Bebel und Andere protestirten und verlangten, daß die Versammlung fortgesetzt werde. Herr Försterling verweigerte dies hartnäckig. Der anwesende Polizeikommissär ergriff die Glocke, läutete und verlangte die sofortige Räumung des Saales. Hiergegen erhob sich ein gewaltiger Widerspruch. Auf wiederholte Anfrage erklärte der Kommissär, daß er keinen Grund habe, die Versammlung auf Grund des Gesetzes zu schließen, da aber der Vorsitzende die Versammlung geschlossen, so sehe er sie für beendet an. Man widersprach; der Vorsitzende habe kein Recht, willkürlich die Versammlung zu schließen, man werde sich diesem nicht fügen und die Versammlung fortsetzen. Der Polizeikommissär ergriff abermals das Wort und erklärte: Meine Herren, da Ihr Vorsitzender die Versammlung geschlossen hat, so ist für mich keine Veranlassung vorhanden länger hier zu bleiben. Ich betrachte die Versammlung als geschlossen und werde gehen; wird die Versammlung noch fortgesetzt, so betrachte ich sie als eine neue nicht angemeldete Versammlung. Bravo! Bravo! brüllten die Anhänger Försterlings und klatschten jubelnd in die Hände. Herr Försterling und der Polizeikommissär verließen hierauf den Saal. Bahlteich und Bebel suchten zu Worte zu kommen, aber bei der Aufregung und dem Lärm war dies unmöglich. Nachdem endlich die Ruhe wieder hergestellt war, ergriff Bahlteich das Wort und erklärte, da Herr Försterling eigenmächtig die Versammlung geschlossen habe, womit weder das einberufende Comité noch die Anwesenden einverstanden seien, so sei er der Meinung die Versammlung ruhig fortzusetzen und einen neuen Vorsitzenden zu wählen. Die Versammlung war damit einverstanden und wählte Herrn Bebel zum Vorsitzenden. Die Debatte war im schönsten Gange und Herr Bahlteich als dritter Redner eben beim Wort, als eine Bewegung in der Versammlung entstand und ein zweiter Polizeikommissär in Begleitung einiger Gensdarmen den Saal betrat, auf die Rednerbühne zuzuging und Herrn Bahlteich mit dem Bemerkten unterbrach, daß er zu reden kein Recht habe, nachdem die Versammlung geschlossen und keine neue angemeldet sei. Bahlteich protestirte und erklärte nur dann die Rednerbühne zu verlassen, wenn

der Polizeikommissär die Versammlung im Namen des Gesetzes für geschlossen erkläre. Stürmischer Beifall folgte diesen Worten. Der Kommissär wandte sich hierauf zu dem Vorsitzenden und ersuchte diesen, die Versammlung zu schließen. Bebel protestierte gleichfalls und erklärte er sehe keinen Grund dazu, da eine Schließung der Versammlung auf Grund des Gesetzes vorher nicht stattgefunden habe. Der Kommissär wiederholte seine Aufforderung, worauf Bebel unter Verwahrung die Versammlung $\frac{1}{2}$ 12 Uhr schloß. In großer Aufregung gingen die Anwesenden auseinander. Wäre Herr Försterling noch zugegen gewesen, es wäre ihm wahrscheinlich nicht gut ergangen, die Entrüstung über sein Benehmen war eine allgemeine. Obgleich ein positives Resultat nicht erzielt wurde, da die vorgeschlagene Resolution nicht zur Abstimmung kommen konnte, so wird die Versammlung für die Gewerkschaftsgenossenschaftsfrage doch von Nutzen sein. Die Maurer und Zimmerleute haben sich noch an demselben Abende in geselligem Kreise verständigt, auch die Schuhmacher wollen Hand ans Werk legen. Ruhlos war der Abend auch insofern nicht, als er über das Treiben Försterlings und seiner Anhänger gar Vielen die Augen öffnete, welche bisher die über ihn von Mund zu Mund gehenden Gerüchte als übertrieben oder erfunden ansahen.

Die Arbeiterbewegung in Wien.

(Fortsetzung).

Wien im Dezember.

Der angekündigte Vortrag des Hrn. Hartung fand am 5. Januar d. J. in Schwender's Colosseum vor einem Auditorium von mehr als 2000 Personen statt.

Nachdem er die Prinzipien der Selbsthilfe und Staatshilfe beleuchtet hatte, schilderte er die rührenden Beweise der Aufopferungsfähigkeit der französischen Arbeiter bei ihren Befreiungsversuchen, und wies nach, wie ihre Assoziationen nur durch die Ränke und Intriguen der französischen Regierung absichtlich ruiniert worden seien. Mit großem Beifall wurde dieser Vortrag aufgenommen, und der Arbeiterbildungsverein ließ denselben drucken, in 1000 Exemplaren verbreiten und trug so dazu bei, den Sozialdemokraten eine sich über ihre Ziele und Bestrebungen klar bewusste Anhängerschaft zu verschaffen.

Inzwischen war aber auch mit einem bewunderungswürdigen Eifer die innere Organisation des Arbeiterbildungsvereins vollzogen worden. Schon am Mittwoch nach der Konstituierung des Vereins fand eine Wahlbesprechung statt. Am 22. Dezember wurden in einer Mitgliederversammlung die Ausschusswahlen vorgenommen. Die Gewählten hatten sich sämtlich zu den Prinzipien der Sozialdemokratie bekannt. Obmann des Vereins wurde Herr J. C. Mühlhauser, Obmannstellvertreter Herr Hartung und Rechnungsführer Herr Felber. In der Vereinsversammlung vom 6. Januar wurde endlich der revidierte Statutenentwurf und ein Programm folgenden Inhalts angenommen: „Für die geistige Ausbildung ist durch Unterricht in den Realfächern und Sprachen, durch wissenschaftliche Vorträge, durch eine Bibliothek und durch Auflegen einiger guter Tagesblätter in dem Vereinslokale zu sorgen. Ferner sollen freie Besprechungen von Tagesfragen, welche in Beziehung zur Arbeiterwelt stehen und eine soziale Tragweite haben, jedoch mit Ausschluß der Religion und Politik, stattfinden und die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse, sowie die Herstellung von Produktiv-Assoziationen im Sinne Lassalle's angestrebt werden. Auch sollen die Ver-

einsmitglieder über die wirtschaftlichen Geseze, welche sich auf die Erzeugung, Erhaltung und den Verbrauch der Güter beziehen, aufgeklärt, eine Kranken- und Invalidenkasse gegründet, Filialen des Vereins in Wien und Umgebung ins Leben gerufen, das Versammlungsrecht zur Verbreitung der Prinzipien des Vereins benutzt, und die Erlangung des allgemeinen direkten Wahlrechts mit allen gesetzlichen Mitteln angestrebt werden.

Consum- und Sparvereine können die Vereinsmitglieder unter sich bilden, deren Leitung und Ueberwachung bleibt aber dem von der betreffenden Vereinigung gewählten Comité überlassen.“

Von den Personen, welche sich bis dahin am meisten das Vertrauen der Arbeiter errungen hatten, müssen wir zunächst den Obmann des Vereins, Herrn Mühlhauser, hervorheben, der schon damals seine ganze freie Zeit dem Gedeihen des Arbeiterbildungsvereins widmete und der nicht bloß in dieser Beziehung dem Verein nützte, sondern auch später, bei dem zweiten Arbeitertage, im Prinzipientampfe sich als Parteimann, als Mann der Aktion bewähren sollte. Ebenso gewann Hartung immer mehr Bedeutung und Einfluß in der Arbeiterbewegung; sein Fleiß, sein biederer Charakter und seine außerordentliche Gewissenhaftigkeit hatten ihm schon lange die Liebe und Achtung seiner Genossen erworben.

Während sich der Arbeiterbildungsverein in der kurzen Zeit von drei Wochen vollständig befestigt hatte und bereits gegen 1000 eingeschriebene Mitglieder zählte, waren von den Gegnern der Sozialdemokraten nur wenige schwache Versuche gemacht worden, Terrain zu gewinnen. Außer der bereits erwähnten Erklärung des Herrn Kessler und der Anzeige, daß die Anmeldungen zu dem Centralverein für die Arbeiter Oesterreichs die Zahl von 2000 schon überschritten hätten, war von der Thätigkeit des auf dem ersten Arbeitertage gewählten Comités Nichts in die Öffentlichkeit gedrungen.

Endlich erfolgte die Ankündigung des zweiten Arbeitertages auf den 12. Jänner d. J., auf welchem das genannte Comité Bericht erstatten sollte.

Zu demselben erschienen mehr als 4000 Menschen. Anfangs schien die Stimmung der Mehrzahl der Anwesenden eine den Sozialdemokraten feindliche zu sein, und die Führer der Letzteren, welche mit ungefähr 500 Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins erschienen waren, traten deshalb zu einer Berathung zusammen. Mehrere waren der Ansicht, daß man in Erwägung der tausendköpfigen Menge, deren Anschauungen man nur zum Theil kenne, einen Vermittlungsvorschlag einbringen solle, nach welchem das Kessler'sche Comité mit dem Ausschusse des Arbeiterbildungsvereins über die Ausgleichung der principiellen Streitigkeiten zu verhandeln hätte; aber schließlich einigten sie sich im Vertrauen auf ihre wohlorganisierte Anhängerschaft dahin, den unbedingten Anschluß an den Arbeiterbildungsverein zu beantragen, um der drohenden Zersplitterung vorzubeugen.

Erst um 3 Uhr wurde die Versammlung durch Herrn Kessler eröffnet, worauf er sofort das Programm des zu gründenden Vereins entwickelte. Dasselbe empfahl die Gründung von Spar- und Consumvereinen u. s. w., enthielt jedoch keinerlei politische Forderungen. Diesen Mangel benutzte der Sozialdemokrat Fischer, um das Ungenügende des Programmes nachzuweisen. Als dem Redner lebhafter Beifall gezollt wurde, verlor der Vorsitzende Herr Kessler alle Ruhe. Er versuchte den Redner zu unterbrechen, was einen stürmischen Tumult verursachte. Wohl legte sich derselbe alsbald, aber in der Versammlung herrschte bereits eine solche Stimmung, daß der nächste für das Programm des Herrn Kessler eintretende Red-

ner seine Auseinandersetzungen nicht beenden konnte. Nach dem Hartung und Fischer erklärt hatten, daß Herr Kessler unfähig sei den Vorsitz zu führen, versuchte dieser die Versammlung zu schließen. Aber ein tausendstimmiges Nein verkündigte ihm, daß die Versammelten nicht gewillt seien auseinander zu gehen. Mühlhauser wurde aufgefordert den Vorsitz zu übernehmen, und seine einstimmige Wahl erfolgte auch sofort, als er auf der Tribüne erschien und Kessler den Platz geräumt hatte.

Hartung brachte nun den Antrag ein auf Anschluß an den Arbeiter-Bildungs-Verein, der auch ohne weitere Debatte mit allen gegen Stimmen angenommen wurde. Unter donnerndem Hoch auf die erfolgte Vereinigung wurde die Versammlung geschlossen. Der Jubel kannte keine Grenzen und viele Arbeiter, die sich noch vor Beginn der Versammlung befestigt gestritten, lagen sich nun in den Armen. Der Ausschuß des Arbeiter-Bildungs-Vereins hatte gleich nach Schluß der Versammlung in mehreren Gasthäusern in der Taborstraße Listen zum Einzeichnen aufgelegt und bis zum Abend waren mehr als 2000 Einzeichnungen erfolgt.

Der Kampf war entschieden, die Socialdemokratie hatte ge siegt und es konnte fortan kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß sie sich zu einer Macht entwickeln würde.

Daher war auch der Eindruck, den diese Vorgänge sowohl auf die Regierung wie auf die Presse des In- und Auslandes machten, ein außerordentlicher. Während die clericalen Blätter — damals noch in der Hoffnung, die Arbeiter für ihre Partei zu gewinnen — denselben schmeichelte, begannen die officiöse Presse ihre wüthenden Angriffe gegen die Socialisten zu verdoppeln.

(Fortsetzung folgt.)

Aus England.

London, den 8. Januar.

Die radikale Bourgeoisie hat keine Ursache sich irgendwie über Zurücksetzung ihres Wortführers zu beklagen, er wird mit den Ehrenbezeichnungen behandelt, die einem großen Mann gebühren. In Folge einer Einladung speiste John Bright vorigen Mittwoch mit der königlichen Familie zu Osborn. Man wird nächsten in den höhern Kreisen entdecken, daß, bei Nicht betrachtet, der radikale Bürgerteufel nicht ganz so schwarz ist, als er in der Entfernung schien, daß Landlords und Geldlords (die aristokratischen Grundeigentümer und die bürgerlichen Kapitalisten) in der That politisch-soziale Zwillingenbrüder sind, die, jeder nach seiner besondern Manier, das arbeitende Proletariat ausbeuten, und daß das gemeinsame Interesse der Ausbeutung gegenüber der ausgebeuteten Volksmasse ein unauflösliches Band der Freundschaft bildet. Die radikalen Klätter werden ihr Zähnefleisch und Bellen einstellen, sobald sie nicht mehr stiefbrüderlich behandelt werden, sondern als Gleichberechtigte an der Staatsregierung und Staatsausbeutung Theil nehmen dürfen.

Inmitten des allgemeinen Triumphschwindels und der Freudentrunkheit, die alle liberale und radikale Köpfe, sowohl in der Presse als auf der Rednerbühne, umnebeln, ist es wahrhaft erquickend, die Stimme eines nüchternen Zuschauers zu hören. Der jüngst von der Oxford University vertriebene Professor Goldwin Smith, der gegenwärtig auf einer der amerikanischen Universitäten lehrt, schreibt an das „Beehive“ (Organ der englischen Gewerkschaften) über das Resultat der Wahlen: „Der Sieg des Geldsacks scheint

vollständig. Das Unterhaus wird plutokratischer*) sein als früher. Die Wirkung des erweiterten Wahlrechts, das Monopol (Alleinrecht) der herrschenden Klasse zu sprengen, ist gleich Null. Ebenso wenig ist die geringste Verbesserung irgend einer Art in der Zusammensetzung des Hauses wahrzunehmen. Kein einziger junger Mann von Talent ist gewählt worden. Die Wissenschaft und die höhere politische Bildung sind weniger vertreten als früher. Kein Atom (kleinstes Theilchen) von Herz oder Hirn ist hinzugekommen. Nicht die geringste Hoffnung ist vorhanden, daß aus den Beratungen des Unterhauses etwas Gutes entstehen sollte für die Masse des Volks. Ich bezweifle fast, daß eine solche Versammlung im Stande sein wird, die irische Kirchenfrage zu erledigen. Jede andere große Frage kann nur durch den Druck von außen zur Behandlung gelangen. Dies beweist, daß die Arbeiter vor der Hand keine Hoffnung haben, irgend eine Macht durch das Parlament auszuüben. Der wirkliche Sitz der Macht der Arbeiter liegt in den Gewerkschaften. Das Fehlschlagen des Versuches, ihren Interessen im Parlament Vertretung zu sichern, hat die Arbeiter ohne Zweifel zum Gegenstand des verachtungsvollen Gelächters der höheren Klasse gemacht. Ich habe oft mit Furcht und Haß von den Gewerkschaften (Trades' Unions) sprechen hören, nie mit Verachtung. Ich vertraue daher darauf, daß die Trades' Unions erhalten und erweitert werden als stehende Organisationen der Arbeit, ohne welche die Arbeiterklasse Angesichts der befestigten Macht des Reichthums nichts vermag. Die Wirkungen des erweiterten Wahlrechts werden bei jeder folgenden Wahl sichtbar werden. Die Unfähigkeit des Parlaments, die großen sozialen Fragen zu lösen, wird sich mehr und mehr offenbaren und dann wird die Zeit kommen, wo die Volksführer von Nutzen sind. Vorläufig thun politische Schulmeister dem Volk mehr noth, als Führer.“

Ueber einen vielfach von Seiten der Arbeiter ausgesprochenen Wunsch, daß sich Professor Smith bei der letzten Wahl um einen Sitz im Parlamente bewerben sollte, sagte er: „Hätte ich den Versuch gemacht, so wäre jedenfalls ein reicher Tory oder Liberaler gegen mich aufgetreten. Ich hätte selbst die Kosten nicht bestreiten, noch Geld von Andern annehmen können. Die Kapitalisten und das Kleinbürgertum würden sammt und sonders gegen mich gestimmt haben. Aber angenommen, ich wäre durch ein Wunder gewählt worden, von welchem Nutzen hätte ich in einem solchen Parlament denen sein können, welche für mich gestimmt hätten?“

„Auf der hiesigen Universität (Cornell University, Ithaca, New-York) wird zum ersten Male die Handarbeit mit der höheren geistigen Bildung verbunden. Eine große Anzahl unserer Studenten sind die Söhne von kleinen Landwirthen oder Gewerksleuten, und Viele von ihnen erwerben ihren Unterhalt theilweise durch ihrer Hände Arbeit, während sie ihre Studien verfolgen. Durch sein thätiges Hirn und seinen emporstrebenden Geist wird Mancher von ihnen, wenn er das Mannesalter erreicht, zum Führer der Gesellschaft und Träger der öffentlichen Macht in diesem freien Lande werden. Sicherlich bin ich nützlich beschäftigt, diese Studenten zu lehren und, so viel in meinen Kräften steht, die Hebung der Arbeiter zu befördern, als wenn ich vereinzelt und ungeduldet in einem Parlament der Reichen säße.“

Professor Smith ist nicht in dem Wahn befangen, daß das Heil des englischen Volkes von einem halben Duzend Klugköpfen abhängt. Statt mit Andern zu glauben, daß

*) Plutokratie heißt Herrschaft des Reichthums, Geldprogenthum, plutokratisch, wo der Reichthum herrscht, geldprophetisch.

Stadstone, Bright und Konsorten durch ihre „Radikal-Kuren“ die bestehenden Uebelstände heilen können, spricht er der bestehenden Klasse als solcher überhaupt die Fähigkeit ab, die soziale Frage lösen zu können und leitet aus dieser Unfähigkeit die Nothwendigkeit der künftigen politischen Aktion des Proletariats her. Diese Anschauung bezeichnet den Unterschied zwischen dem wissenschaftlichen Geschichtsforscher und dem politisch sozialen Quacksalber. Während sich Dieser bemüht, die sozialen Blößen und klaffenden Wunden mit besänftigenden Heilpflasterchen zu bedecken, die seine Unwissenheit und die Unhaltbarkeit der bestehenden Zustände nur um so deutlicher bekunden, bereitet Jener die Geisteskinder der unterdrückten Klasse, welche die Zukunft in ihrem Schooße birgt, zum unvermeidlichen großen welthistorischen Kampfe vor. In den wenigen Worten: „hier wird die Handarbeit mit der höheren geistigen Bildung verbunden“ sind die Bedingungen enthalten, unter welchen die Arbeit ihren knechtischen Charakter abstreift. Die körperliche Arbeitsgeschicklichkeit mit der geistigen Bildung in denselben Individuen vereint, das ist der Untergang aller Klassenherrschaft.

Die Gesellschaft der Zimmerleute von New-York hat beschlossen den Bauunternehmern Notiz zu geben, daß ihre Mitglieder vom ersten Montag im Mai an nur acht Stunden des Tags arbeiten werden.

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Brüssel, den 4. Januar. Der Berliner „Zukunft“ wird geschrieben: „Ueber die Kurzsichtigkeit der herrschenden Klassen ließe sich ein Langes und Breites sagen — verlorne Mühe! Ich ziehe es vor, auf die langsam, aber immer mächtiger um sich greifende Arbeiterbewegung, welche im ganzen Hennegauer Kohlenbecken sich der internationalen Arbeitergesellschaft anschließt, hinzuweisen. Dort regt sich ein neues Leben, und man wird eines Tages mit dieser Bewegung zu rechnen haben. Belgien war 1848 und bis in die letzte Zeit gänzlich von der sozialen Frage unberührt geblieben; der Arbeiterkongreß hat bewiesen, daß die Verhältnisse in dieser Beziehung sich sehr geändert. Von allen belgischen Arbeitern sind es die Sezer, welche durch eine wohlverstandene treffliche Organisation sich den Meistern gegenüber die beste Stellung, sowohl in materieller als sozialer und moralischer Beziehung, zu sichern gewußt haben. Die Sezer-Assoziation disponirt gegenwärtig über ein Vermögen von 25,000 Franken, welche theils durch monatliche Beiträge (75 Centimen), theils durch die Strafgeelder, (jedes Mitglied, das den Versammlungen nicht beiwohnt, muß eine Buße von 50 Centimen erlegen) gebildet worden ist. An sich ist dieses Grundkapital allerdings ein winziges, aber da die Brüsseler Sezer-Assoziation bloß ein Glied nicht nur der allgemeinen belgischen Sezer-Assoziation, sondern auch der Pariser „société des typographes“ bildet, so kann sie im Nothfall über bedeutende Summen disponiren. (Der Frank ist = 8 Mgr. oder 28 Kreuzer und theilt sich in 100 Centimes.)

In der Kammer wird die Frage des Arbeitsverbots der Frauen und Kinder in den Bergwerken und Kohlengruben, auf Grund eines Berichts des Dr. Ruborn, zur Sprache kommen. Jedoch ist bei dem Vorherrschen des Einflusses der Kapitalisten vor der Hand an kein günstiges Ergebnis zu denken.

Paris, den 10. Januar. Die französische Regierung hat die Abschaffung der Wanderbücher für Arbeiter beschlossen.

Wien, den 11. Januar. Ein bekannter Sozialdemokrat, Lehrer Leidersdorf, gegen den wegen verschiedener Reden die Untersuchung eröffnet war, ist verhaftet worden, „weil die Untersuchung, wenn er auf freiem Fuß bleibe, nicht zum Abschluß gebracht werden könne“.

Auf dem zehnten Wiener Arbeitertage wurde eine Resolution zu Gunsten des Coalitionsrechts, und folgende Petition an das Abgeordnetenhaus beschlossen:

„Das hohe Abgeordnetenhaus möge, die Prinzipien der Staatsgrundgesetze zur Wahrheit machend, unverzüglich an die Abschaffung aller jener Bestimmungen des Strafgesetzes schreiten, welche geeignet sind, die Coalitionsfreiheit der Arbeiter auch nur im Geringsten einzuschränken, und durch Schaffung eines neuen, auf freiheitlicher Basis gegründeten Genossenschaftsgesetzes, die Bestimmungen des jetzt bestehenden für die Gesellschaft unschädlich zu machen.“

Geislingen, den 10. Januar. Der hiesige Arbeiter-Verein, der durch Mangel an Theilnahme sanft entschummert war, ist heute neubegründet worden. Nachdem bereits vor 8 Tagen eine Vorversammlung stattgefunden, welche indeß nur schwachen Zuspruch hatte, wurde heute im Löwen zu Altenstadt (ein Fabrikort nahe bei Geislingen) eine Versammlung abgehalten, die von 100 Mann besucht war, von denen 36 sofort ihren Beitritt zu dem neuen Verein erklärten, während die meisten andern Anwesenden beizutreten versprachen, sobald die Statuten zur Verathung fertig seien. Zur Ausarbeitung der Statuten wurde eine Commission von 5 Personen niedergesetzt, die im Laufe dieser Woche noch mit ihrer Arbeit fertig werden und sie einer Versammlung am nächsten Sonntag zur Verathung vorlegen wird. Die Commission besteht aus zwei Demokraten und drei Großpreußen. Auf den Verlauf der Versammlung am nächsten Sonntag sind wir sehr gespannt, den Bericht darüber werde ich folgen lassen.

Oberndorf, den 9. Januar. Unser Arbeiterverein hat in seiner letzten Sitzung mit 30 von 36 Stimmenden Anschluß an den Gauverband der württembergischen Arbeitervereine beschlossen. In kurzer Zeit wird auch abgestimmt werden über den Eintritt in den Verband deutscher Arbeitervereine. Die Mitgliederzahl wird in kurzer Zeit bedeutend steigen, denn es kommen immer neue Anmeldungen. Was die hiesigen Arbeiterverhältnisse betrifft, so bemerke ich darüber Folgendes: In der königlichen Gewehrfabrik arbeiten ungefähr 120 Mann, wovon $\frac{2}{3}$ nach hiesigen Begriffen sehr viel Geld verdienen und zwar auf Akkord. Außer der Fabrik ist kein Geschäft hier, in welchem mehr als 4 Mann beschäftigt werden, ausgenommen Maurer und Steinhauer. Da es vorkommt, daß in der Gewehrfabrik längere Zeit keine oder nur wenig Arbeit ist und dann die jüngeren unverheiratheten Leute abreisen müssen, so werden wir unser Augenmerk darauf richten, mehr ältere Arbeiter in unsern Verein heranzuziehen, um einen tüchtigen Stamm zu haben. — Kürzlich besuchte uns der Rottweiler Arbeiterverein, mit dem wir einen frohen und vergnügten Tag verlebten.

Mainz, 9. Januar. Hinsichtlich unserer Schreiner-Gewerkschaft können wir nur Erfreuliches berichten, dieselbe besteht meist aus tüchtigen, im Kampfe für die Arbeitersache bewährten Männern, deren Zahl langsam aber stetig wächst; wir zählen jetzt schon zwischen 80 und 90 Mit-

glieder. Die Anhänger Schweizers als unsere Gegner scheuen kein Mittel um unsere Sache zu vernichten, es ist ihnen aber bis jetzt nicht gelungen und wird ihnen auch in Zukunft nicht gelingen.

Baden-Baden, 8. Januar. Wir haben hier seit einiger Zeit einen Unterstützungsverein für kranke Schuhmachergehilfen gegründet und sind eben daran, auch den Anfang mit einer Invalidenklasse zu machen. Eine leichte Arbeit haben wir nicht, denn als Badeort erleidet unsere Stadt einen beständigen starken Wechsel der Arbeiter, und die zahllosen Gelegenheiten zu Vergnügungen aller Art ziehen Viele mehr an als die Sorge um ihre soziale Selbstständigkeit und Besserstellung. Von der Bürgerschaft und den Arbeitgebern ist keine Unterstützung zu erwarten, wohl aber Widerstand. Wir haben im Sinn, nächstens einen Aufruf an die Schuhmachergehilfen zu erlassen und eine Gewerksgenossenschaft zu gründen.

Berlin, den 11. Januar. Neulich wurde in Berlin eine Arbeiterversammlung aufgelöst, weil ein Redner in einem Vortrag über die verschiedenen Staatsformen das Wesen der Republik erläutern wollte.

In der Borsig'schen Fabrik gab jüngst der „Obermeister“ Krell einem Arbeiter eine Ohrfeige und den Abschied. Die Arbeiter bestanden auf Entfernung des Obermeisters und Wiederbeschäftigung ihres mißhandelten Kollegen. Hr. Vorsig ging nicht darauf ein. Er wollte die Sache „vermitteln“. Die Arbeiter bestanden auf ihre Forderung. Schulze (Delitzsch) und Max Hirsch hielten die Gelegenheit für günstig, sich bei den Arbeitern etwas politisches Kapital zu machen; sie gingen zu Hrn. Vorsig, baten ihn, nachzugeben und — bekamen einen Korb, den sie auch ruhig hinnahmen. Körbe von der Großbourgeoisie, Fußstapfen von den Arbeitern — das ist bitter. Mittlerweile ist der Ohrfeiger wieder im Amt und die Borsig'schen Arbeiter? Nun, sie berathen, was zu thun.

In Duisburg (Rheinpreußen) ist ein Reichstagskandidat geworden, und hat der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein daselbst den Sozialdemokraten Hrn. Hasenclever als Kandidaten aufgestellt. Unser „Demokratischer Arbeiterverein“ hat am 12. d. einstimmig beschlossen, diese Candidatur nach Kräften zu unterstützen. (Das war recht. Herr Hasenclever ist ebenso ausgezeichnet durch Charakter, als durch Talent, und die Arbeitersache wird an ihm einen tüchtigen Verfechter im Reichstage finden. Die Red. d. „Dem. Wochenblatts“.)

Werdau, 12. Januar. Nächsten Sonntag wird hier eine allgemeine Arbeiterversammlung abgehalten werden, in welcher der Versuch gemacht werden soll, eine Verschmelzung sämtlicher hier bestehender Vereins-Genossenschaften und Kassen zu einem einzigen allgemeinen Verein herbeizuführen und, im Anschluß an das Vorgehen der Grimmischauer, eine allgemeine Gewerksgenossenschaft zu gründen. Der Volksverein, Arbeiterverein und Consumverein sind mit der Verschmelzung einverstanden und die andern hier bestehenden Organisationen werden sicher diesem Beispiele folgen. (Wir möchten das Vorgehen der Werdauer Freunde allen Parteigenossen zur Nachahmung empfehlen. Die vielen Vereine an den einzelnen Orten zersplittern die Kräfte zu sehr und erheischen viel bedeutendere Opfer an Zeit und Geld, als das bei einer Vereinigung der Fall sein würde. Zugleich wird durch eine solche Vereinigung auch dem oft fühlbaren Mangel an Kräften für die Organisation und Verwaltung abgeholfen werden. Anmerk. d. Red.)

Meerane, 8. Januar. Als Beitrag zur Sache der Gewerksgenossenschaften theile ich Ihnen mit, daß der hiesige Volksverein in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, am hiesigen Ort eine Gewerksgenossenschaft für Weber zu gründen. Man wählte zu diesem Behufe ein aus 5 Mitgliedern bestehendes Comité, welches mit der Besorgung der Vorarbeiten beauftragt wurde. Schon wollte das Comité mit einem Aufruf an sämtliche Weber hervortreten, als man von dem Vorgehen der Glauchauer und Grimmischauer Freunde Kenntniß erhielt und nunmehr einstimmig beschloß, mit diesen in Verbindung zu treten.

Luckenwalde, den 11. Januar. Der Aufruf im „Demokratischen Wochenblatt“ zur Gründung einer Gewerksgenossenschaft der Wirker, Weber, Färber u. s. w., kommt uns eben recht, da wir damit umgingen, unsere alten Zunftvereine zu vernünftigen Gewerksgenossenschaften umzuwandeln. Wir bitten, uns eine Parthie Musterstatuten zu senden, um diese in den hiesigen Fabriken zu vertheilen, später wollen wir dann eine Versammlung der gesammten Weber veranstalten.

Lugau, den 10. Januar. Die Versammlung der Bergarbeiter am 2. Weihnachtsfeiertage im „braven Bergmann“ zu Niederwürschnitz, hatte sich mit der Gründung einer Gewerksgenossenschaft der Bergarbeiter wenig beschäftigen können, da die Verathung der Statuten für die vereinigte Knappschaft fast die ganze verfügbare Zeit in Anspruch nahm. Erst am Schlusse der Versammlung wurde die Gewerksgenossenschaftsfrage durch den Vorsitzenden angeregt, worauf die Versammlung einstimmig beschloß, eine Gewerksgenossenschaft zu gründen. Ein Comité wurde niedergesetzt, um auf Grund des Leipziger Musterstatuts einen Entwurf auszuarbeiten. Nächsten Sonntag, den 17. d. M., Nachmittags 3 Uhr, wird abermals eine Versammlung abgehalten, in welcher endgültig die Gewerksgenossenschaft gegründet werden soll.

Aus Lunzenau, Thurm, St. Egidien und Niederlungwitz geht uns die erfreuliche Nachricht zu, daß bei den letzten Gemeinderatswahlen in diesen Orten unsere Parteigenossen gesiegt und die von ihnen aufgestellten Kandidaten bei der Wahl durchgebracht haben. Aus den beiden letztgenannten Orten kommen uns Klagen zu über das Mißverhältniß der Wahl von Unanständigen zu der von Anständigen.

Leipzig, den 13. Januar. Die „Sächsische Zeitung“ schreibt: Zu Mülhausen im Elsaß besteht eine industrielle Gesellschaft zur Verhütung von Unglücksfällen in Fabriken, deren Jahresbericht die Regierung den Handelskammern mit dem Wunsche mitgetheilt hat, ob sich nicht auch in Sachsen eine ähnliche auf Selbsthilfe beruhende Einrichtung ins Leben rufen ließe; die dortigen Fabrikinspektoren sind nämlich nicht vom Staate bestellt. Die hiesige Handelskammer hat einen aus den Herren Dr. Heine, Adv. Wachsmuth und Stadtältester Härtel bestehenden Ausschuß zur Begutachtung der Sache niedergesetzt, wird aber demnächst schon Näheres über jene sächsische Gesellschaft veröffentlichen.

Anzeige.

Deutscher Arbeiter-Bildungs-Verein in London

Charles-Hotel, 71 Dean Street, Soho Square, W. London.

Verantwortlicher Redacteur: W. Liebknecht.
Redaktion: Braustraße 11.

Leipzig.

Druck und Verlag: G. W. Boulath.
Expedition: Petersstraße 18.

Hierzu eine Beilage.

Die Schneiderei in London oder der Kampf des großen und des kleinen Kapitals.

Von J. G. Eccarius.

(Fortsetzung.)

Die französische Revolution von 1789 und ihre Ergänzung von 1793, von der englischen Aristokratie noch heute als ein Akt der Rücksichtslosigkeit betrachtet, eröffnete durch ihre Konsequenzen eine direkte Quelle des Gewinns für die Aristokratie und Bourgeoisie Englands. Der große fromme General-Ausbeuter John Bull, der sich von Kopf bis zu Fuß über die gottlosen Thaten der ersten französischen Revolution entrüstet, reicht noch immer ruhig seinen Gewinn ein, ohne auch nur im mindesten anzuerkennen, was diese verhasste Revolution für ihn gethan hat.

England fing im Jahre 1793 offenen Krieg mit der französischen Republik an, um die „Pöbelherrschaft“ in Paris zu Boden zu schlagen und den legitimen Fürsten wieder einzusetzen. Die Macht eines revolutionären Volkes belehrte England eines anderen, aber indem sich der Krieg in die Länge zog, eröffnete er der englischen Aristokratie ein Feld, worauf Ehre, Gehalt und Pension zu erwerben war. Der Finanzbourgeoisie eröffnete er ein neues Feld der Spekulation.

Die Vergrößerung der Armee erforderte eine bedeutende Vermehrung der Offiziere, wobei die Söhne der Aristokratie immer den Vorzug hatten. Die Kosten der Armee verdoppelten sich während der ersten drei Jahre dreimal, die jährlichen Ausgaben für die Armee stiegen während der Dauer des Kriegs von nicht ganz zwei Millionen auf 14,883,264 Pfd. Sterling, ausschließlich der Artillerie-Munition. Außer dieser Goldgrube, deren Ausbeutung jedoch etwas unbehaglich und lebensgefährlich war, wurde der englischen Aristokratie eine andere direkt aufgezwungen, deren Ausbeutung nur die Mühe machte, Pfundstücke in Empfang zu nehmen, also die Empfänger in ihrer gewohnten Bärenhanterei durchaus nicht störte.

Schon seit 1776 war der Kornvertrag Englands nicht mehr für den eigenen Bedarf hinreichend. Die Kontinental-Sperre unter Napoleon schnitt auf einmal alle europäischen Zufuhren ab, erzeugte Theuerung und Hungersnoth in England. Die Folge war, daß der Bodenpreis außerordentlich stieg und neue Ländereien in Bebauung gesetzt werden mußten. So wurde das Einkommen der Aristokratie, die Grundrente, ungemein vermehrt, und selbst nach Beendigung des Kriegs schien sie diese Mehreinnahme durch die Einführung der Kornbesetze verewigen zu wollen.

Die Finanzbourgeoisie machte nicht minder gute Geschäfte. Die Gesamtsumme der Anleihen, welche von 1793 bis 1815 unter ziemlich schlechten Bedingungen für die Regierung kontrahirt wurden, betrug nicht weniger als 631 Millionen Pfd. Sterl.

Um die erhöhten Preise der Lebensmittel und die vermehrten Staatsausgaben zu bestreiten, war es vor allen Dingen nöthig, die Produktivkräfte, den Handel zu vermehren und zu erweitern. Kein Staat kann seine Ausgaben dauernd vermehren, ohne die Produktion in gleichem Maße zu vermehren. Die Staatsausgaben Englands vermehrten sich aber nicht einfach, sie verdoppelten, verdreifachten und vervierfachten sich bis zur Beendigung des Kriegs. Derselbe Krieg, der diese Mehrausgaben verursacht hatte, bot auch zugleich das Heilmittel. Durch die Siege der englischen Flotte eroberte England nebst einer Anzahl Kolonien die Herrschaft auf dem Meere und die

Oberherrschaft auf dem Weltmarkt. Wie sehr die industrielle Bourgeoisie diese Siege auszubenten wußte, beweist die Ausfuhr von brittischen Fabrikwaaren, die von 1793 bis 1815 von 19,676,685 auf 60,683,894 Pfd. Sterl. stieg.

Leicht erworbene Reichtümer haben stets Luxus und Schwelgerei im Gefolge. Die Landaristokratie vor allen ist dafür bekannt, daß sie ihre Revenüen immer noch schneller verprascht, als sie einkommen. Wer erwägt, daß Kleidungsstücke Hauptluxusartikel, und Haupt- und Residenzstädte Centralpunkte des Luxus und der Schwelgerei sind, wem ferner bekannt ist, mit welcher Geschicklichkeit kleine Geschäftsleute in großen Städten ihre verschwenderischen Kunden über's Ohr zu hauen wissen, der wird leicht begreifen, wie diese Umgestaltung der Dinge ein wahres Kalifornien für die Londoner Schneider und wie Stulz ein Millionair werden konnte.

Von Alters her war es in London Gebrauch und gesetzlich garantirt, daß die Schneiderarbeiter bei öffentlicher Landes-trauer doppelten Lohn erhielten^{*)}. Während der Dauer des Kriegs hatten sie durch Arbeitseinstellungen ihren Lohn auf 6 Schillinge per Tag erhöht. Dies gab bei öffentlicher Trauer einen Wochenlohn von 3 Pfd. 12 Sh. oder 24 Thlr. preussisch. Die Meister büßten dabei nichts ein, indem sie ihrerseits wieder Extrapreise von den Kunden erhielten. Im Jahre 1830, als Georg IV. starb, verweigerten sie den doppelten Lohn und hingen Zettel an die Fenster mit der Aufschrift: Keine Extrapreise für Trauerkleider. Nur wenige Meister folgten dem altherkömmlichen Gebrauch; die Arbeiter stellten die Arbeit ein, aber Mangel an Geld auf der einen und die Zufuhr der Provinzen auf der andern Seite nöthigten sie nach wenigen Wochen nachzugeben, und der alte Gebrauch war für immer abgeschafft. Um diese Zeit fing die Zufuhr von Arbeitern schon an größer zu werden als die Nachfrage. Die Arbeiter von verschiedenen Geschäften fingen an eine Art Vereinigung mit einander zu bilden, die den Zweck hatte, entweder in Zeiten der Arbeitslosigkeit oder bei Gelegenheit der Arbeitseinstellungen sich gegenseitig zu unterstützen. Im Jahre 1834 legten 20,000 Schneider die Arbeit nieder und verlangten zunächst eine Reduktion der Arbeitszeit von 2 Stunden per Tag, wodurch den Arbeitslosen Beschäftigung gegeben werden sollte. Da die bisherige Arbeitszeit auf 12 Stunden per Tag festgesetzt war, konnten nach dieser Reduktion auf je 200 zwanzig mehr beschäftigt werden. Die zweite Forderung war, daß der bisher gebräuchliche Lohn, 6 Sh. per Tag, nach wie vor bleibe, mit der Bedingung, dem Meister solle nicht das Recht zustehen, von dieser Summe irgend einen Abzug zu machen, wenn der Arbeiter das vom Meister als einen Tag Arbeit bestimmte Quantum nicht vollenden konnte. Das Recht des Fortschickens sollte dem Meister bleiben.

Diese Forderungen waren in der That neu. Bisher hatten die Arbeitseinstellungen nur Erhöhung der Preise zum Zweck gehabt, und obgleich diese Forderungen eine Preiserhöhung enthielten, so war doch ihr Hauptzweck: die Zufuhr mit der Nachfrage auszugleichen, ohne das Einkommen des Individuums zu reduzieren. Die Schneider hatten die Arbeit ohne Vorwissen ihrer Verbündeten eingestellt. Um sich aber der Bourgeoisie gegenüber keine Blößen zu geben, erkannten die übrigen Arbeiter das Geschehene an und gaben Unterstützung. Die meisten Arbeiter betrachteten die Sache der Schneider als

^{*)} Die Ursache war, daß die Schneiderei gewöhnlich eine Zeit lang in's Stocken gerieth, sobald die Trauerkleider fertig waren.

ihre eigene, und in demselben Maße, wie der Streit an Öffentlichkeit und Heftigkeit gewann, wurde die Verbindung enger. Die Organisation der Schneider nahm förmlich den Charakter einer geheimen Verbindung an. Sie theilten sich in Kompagnien und Sektionen, machten öffentliche Demonstrationen, und um sich gegen heterogene (fremdartige) Elemente in den Sitzungen zu sichern, wurde ein Feldgeschrei nebst sonstigen Kennzeichen ausgegeben und je nach Umständen gewechselt.

Die Meister verweigerten jede Konzession. Die Aristokratie und Bourgeoisie, alarmirt über die allgemeine Theilnahme der Arbeiter, wie über die ganz neue Forderung der Schneider, befürchteten, daß andere Geschäfte dem Beispiel der Schneider folgen würden, wenn diese ihren Zweck erreichten. Sie betrachteten dem Proletariat gegenüber das Interesse der Schneidermeister als das Gesamtinteresse der Besitzenden, und so wurde dieser Streit wirklich ein Kampf zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat. Dieselben Reaktionäre, die heute jede Gelegenheit benutzen, die Industriellen als die Urheber alles Elendes der Arbeiter anzuklagen und sich als Beschützer des Proletariats aufzuwerfen, boten damals alle Mittel auf, die Arbeiter zu besiegen. Die Schneidermeister empfingen Bestellungen über Bestellungen unter der Bedingung, daß man ihnen nicht allein diese Bestellungen, sondern die ganze Kundschaft entziehen würde, falls sie den Arbeitern nachgeben sollten. Nebenbei wurde selbst Beistand von Seiten des Parlaments und der Regierung zugesagt. Sir Henry Harding rief bei einer Gelegenheit im Parlament aus, er wolle lieber in bloßen Hemdsärmeln in's Parlament kommen, als daß den Schneidergesellen irgend ein Zugeständniß gemacht werde. Die Arbeiter ihrerseits enthüllten die Betrügereien der Meister in öffentlichen Versammlungen wie in der Presse, um ihre reichen Gegner von dem Recht ihrer Forderungen zu überzeugen. Aber alles vergebens. Ihre Geldmittel schmolzen zusammen und in weniger als drei Monaten mußten sie sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Die ganze Geschichte reduzirte sich demnach auf die Beweisführung, daß die Zufuhr von Arbeitern größer war, als die Nachfrage, und daß die Zeit wieder gekommen, wo die Meister Bedingungen stellen konnten und die Arbeiter zu verhungern hatten oder sich zu fügen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Felleisen,

Organ der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, sagt in seinem Programm:

„Wie der deutsche Arbeiter in der Schweiz die unschätzbare Gelegenheit hat, die unberechenbaren Vortheile eines republikanischen Gemeinwesens aus unmittelbarer Anschauung kennen und lieben zu lernen, so wird es eine der Hauptaufgaben unseres Arbeiterblattes sein, an der Entwicklung der hiesigen Verhältnisse unter steter sachgemäßer Kritik zu zeigen:

wie der Arbeiter einzig und allein durch die unermüdete Theilnahme an der politischen Entwicklung und Gesetzgebung zugleich mit der politischen Gleichberechtigung Schritt um Schritt seine soziale Befreiung zu erkämpfen hat.

Wir stellen diesen Satz an die Spitze unseres näher zu bestimmenden Programms, weil wir ihn für die Seele und den Schlüssel aller weiteren Erkenntniß halten.

Als das Ziel aller heutigen, wahrhaft selbstbewußten Arbeiterbestrebungen können wir kurz und einfach die sozialdemokratische Föderativ-Republik bezeichnen als diejenige Staatsform, in welcher allein der Arbeiter sein volles Menschenrecht zur Geltung zu bringen vermag. Es ist selbstverständlich, daß der Weg zu diesem Ziele Anstrengungen und Opfer fordert, nicht allein weil die Erreichung des Zieles eine verhältnismäßige Durchbildung vieler Einzelnen und in gewissem Grade selbst der Massen voraussetzt, sondern auch weil die herrschenden Klassen in den vorhandenen sogenannten Staaten und Gesellschaften einen gesteigerten Widerstand entgegenzusetzen werden.

Man darf sich nicht verhehlen, daß es in dem Kampfe um diese höchsten Menschenrechte noch zu gewaltigen Krisen und Zusammenstößen kommen wird. Wir halten es in diesen Krisen, die der gewalthätige Widerstand der selbst- und herrschaftlichen Regierungsparteien allein verschuldet und zu verantworten hat, nicht allein für das Recht, nein, für die Pflicht jedes Arbeiters und Gefinnungsgenossen Gewalt mit Gewalt zurückzutreiben. Es setzt einen kläglichen Begriff von politischer sozialer Freiheit oder erbärmlicher Charakterlosigkeit und Feigheit voraus, wenn man meint oder gar predigt, daß Völker, denen noch die ersten Bedingungen zur friedlich-freiheitlichen Entwicklung fehlen, auf dem sogenannten Wege der Reformen durch sogenannte gesetzliche Agitationen zur wirklichen Freiheit gelangen könnten.

Wo die politisch-sozialen Zustände auf angemessener Gewalt beruhen, die stets die wenig freiheitlichen Geseze ungesetzmäßig zu umgehen und zu handhaben oder in wichtigeren Fällen zu „Staatsstreichen“ bereit ist, da ist der sogenannte gesetzliche Widerstand, Widersinn und Spott und Hohn. Der Kampf ist allerdings auf dem gegebenen Boden aufzunehmen und nach allen taktischen Regeln der Klugheit zu führen, aber auch mit aller Energie. Es wird die Revolution die Entscheidung bringen.

Wenn wir demokratische und föderative Republik ohne wesentlichen Unterschied gebrauchen, so verwahren wir uns gegen jeden Mißbrauch des Föderativen im reactionären Sinne. Wir werden noch oft genug Veranlassung haben, auf das Zweideutige dieses Wortes wie auf den Mißbrauch des Wortes Demokratie zurückzukommen. Wir verstehen unter Demokratie Gesetzgebung und Verwaltung durch das Volk selbst — in Gemeinden, Provinzen, und Staaten.“

E d e l m u t h.

Ein erhabendes Beispiel aufopfernder Bruderliebe, das in den weitesten Kreisen bekannt zu werden verdient, theilt der „Botschafter“, Organ des deutschen Cigarrenarbeitervereins mit. In Groß-Heere arbeiteten 9 Cigarrenarbeiter, von denen der Eine erkrankte, und um das Maß des Unglücks zu füllen, wurde auch seine Frau durch eine schwere Niederkunft auf das Krankenlager gefesselt. Diesen haben nun die anderen acht dadurch unterstützt, daß sie wöchentlich einen Tag für ihn gearbeitet und außerdem abwechselnd eine Nacht an seinem Krankenbett gewacht haben.

Wenn man erwägt, was es heißt, wenn Arbeiter $\frac{1}{8}$ ihres karglichen Verdienstes und $\frac{1}{8}$ ihrer so nöthigen Nachtruhe dem leidenden Bruder opfern, so muß man eine solche opferwillige Bruderliebe bewundern.